

Michael Grosse-Brömer Mein Brief aus Berlin

Ausgabe Nr. 107

25. Januar 2007



Kontopfändungsschutz muss auch Gläubiger berücksichtigen



Liebe Leserinnen und Leser,

Schulden sind ein unangenehmes Thema. Für viele Menschen aber leider traurige Realität. Kommt es zur Kontopfändung, können Betroffene das Girokonto verlieren. Die Teilhabe am wirtschaftlichen Leben wird zum Problem. Mit einer Reform will die Bundesregierung die Zahl der Kontokündigungen wegen Pfändung zurückfahren, Ziel ist das Girokonto für alle. De Facto aber haben schon 97 Prozent der Bundesbürger ein solches. Für die verbleibende Minderheit wird eine aufwendige Reform in Gang gesetzt, die ich kritisch sehe und dies auch so vor dem Bundestag gesagt habe.

Eine interessante Lektüre wünscht

Ihr Michael Grosse-Brömer

Peter Schmidt ist Inhaber eines kleinen Unternehmens. Im Laufe der Jahre haben sich Schulden angehäuft, eine Kontopfändung ist unausweichlich. Nach geltendem Recht wird das Konto blockiert. Anfallende Zahlungsgeschäfte wie etwa die Miete können nicht mehr über das Konto abgewickelt werden. Es kann passieren, dass die Hausbank die Girokontoverbindung mit Herrn Schmidt kündigt. Während Angestellte durch einen Antrag bei Gericht eine Freigabe des pfändungsgeschützten Arbeitseinkommens erreichen können, bestand für Herrn Schmidt als Selbstständiger bisher gar kein Pfändungsschutz.

Aus Pfändungen resultierende Kontolosigkeit kann im Einzelfall durchaus Folgen haben. Oft ist das eigene Konto Voraussetzung für den Abschluss eines Miet- oder Arbeitsvertrages. Gerichte müssen in aufwendigen Verfahren den Pfändungsschutz prüfen. Die Bundesregierung hat daher ein Gesetz zur Reform des Kontopfändungsschutzes erarbeitet, dass im Bundestag beraten wurde. So ist die Einrichtung sogenannter Pfändungsschutzkonten vorgesehen. Werden Einkünfte des Schuldners auf diesem Konto gutgeschrieben, kann der Schuldner trotz Pfändung dieses

Kontos im Rahmen der Pfändungsfreigrenzen für Arbeitseinkommen (rund 985 Euro) Geldgeschäfte des täglichen Lebens vornehmen. Soweit die löbliche Theorie.

Positiv ist zu bewerten, dass der Pfändungsschutz für Selbstständige wie Herrn Schmidt ausgeweitet werden soll. Auf Seite 9 spricht der Gesetzentwurf aber auch vom „Ausgleich der berechtigten Belange von Schuldner und Gläubiger“. Genau hier aber weist das Vorhaben eine Unwucht zu Lasten der Gläubiger auf: Schuldner werden durch das Nebeneinander eines „P-Kontos“ und regulärer Konten das bisherige Pfändungssystem ausweiten. Ferner besteht Missbrauchsgefahr, indem mehrere P-Konten eröffnet werden können. Hier schaut der Gläubiger in die Röhre, während der Schuldner sogar noch beträchtliche pfändungsfreie Beträge ansparen kann. Auch das Ziel des Bürokratieabbaus wird teuer erkaufte. Durch die Neuregelungen ergibt sich für die Banken beträchtlicher Verwaltungsaufwand, dessen Kosten auf die Kunden abgewälzt werden können. In diesen und anderen Punkten besteht Diskussionsbedarf.

Ihr Michael Grosse-Brömer

Jahreswirtschaftsbericht 2008 vorgestellt

Die Turbulenzen an den internationalen Börsen haben in Deutschland viele Menschen verunsichert. Dennoch gibt es keinen Grund zur Panik. Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, der in dieser Woche im Plenum des Bundestages diskutiert wurde, zeigt, dass die deutsche Wirtschaft weiter wächst. Die Bundesregierung geht von einem wirtschaftlichen Wachstum von 1,7 Prozent aus. Dieser Aufschwung kommt bei den Menschen an, auch wenn die Opposition dies nicht wahrhaben will. Mit über 40 Millionen Erwerbstätigen wurde im Herbst 2007 ein historischer Höchststand erreicht. Auch für dieses Jahr gilt es, die erfolgreichen Reformen der großen Koalition weiter fortzusetzen. Dies beinhaltet auch weiterhin eine Wirtschaftspolitik mit Augenmaß, die finanzielle Freiräume nutzt, um notwendige Konsolidierung mit sinnvollen Investitionen zu vereinen.

Grüne Woche in Berlin

In Berlin findet noch bis zum 27. Januar die Internationale Grüne Woche statt. Auf der weltgrößten Schau der Agrar- und Ernährungswirtschaft zeigen mehr als 1600 Aussteller aus 52 Ländern ein Angebot aus fünf Kontinenten. Selbstverständlich war auch das Land

Niedersachsen vertreten. Es teilt sich mit Bremen einen Stand in Halle 20 auf dem Berliner Messegelände und stellte dem Publikum innovative Erzeugnisse aus Niedersachsen vor.

Michael Grosse-Brömer besuchte den Niedersachsenabend auf der Grünen Woche. Dabei fand sich auch die Zeit für Gespräche mit Vertretern der heimischen Land- und Forstwirtschaft. Unter ihnen Kreisjägermeister Norbert Leben aus Schätzendorf sowie die Landwirte Hermann Maack aus Lübberstedt und Rudi Behr aus Seevetal.

Auf dem Bild zu sehen sind (von links nach rechts) Georg Schirmbeck (MdB), Michael Grosse-Brömer, Iris Bethge (persönliche Referentin von Ursula von der Leyen), Friedrich-Otto Ripke (Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium Niedersachsen), Enak Ferlemann (MdB) und Henning Otte (MdB).

Winsener Gymnasiasten besuchen Bundestag

Politik aus nächster Nähe sehen, hieß es für 26 Schüler des Luhe Gymnasiums Winsen. Sie besuchten den Berliner Reichstag und konnten im Gespräch mit Michael Grosse-Brömer mehr über den Alltag eines Bundestagsabgeordneten erfahren.



Terminauswahl:

- 06.02. Politischer Aschermittwoch des CDU-Kreisverbandes Lüchow-Dannenberg in Lüchow
- 08.02. Politischer Aschermittwoch der CDU Tostedt um 19 Uhr in Tostedt

Michael Grosse-Brömer
MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin